

Zehn kleine N-Wortlein und der Z-Wortjunge

Zur: „Grüne Jugend beklagt Vertagung – entrüstet über Umgang mit Ächtung des N-Worts“, FR-Regional vom 1. Februar

Existenzielle Verletzungen

Die Grünen-Jugend und Mirriane Mahn sind mit Recht empört. Die aggressiven Angriffe, denen Letztere ausgesetzt ist, haben in der Tat einen Bezug zu diesen Wörtern aus der kolonialen und der NS-Vergangenheit, die aus unserer Sprache verschwinden sollten. Ich gebe gerne zu, dass ich das lange nicht kapiert habe, wie existenziell die Verletzungen für Deutsche sind, die irgendwann einen fremdländischen Vorfahren gehabt haben. Ich bin heilfroh, dass ich jetzt mit 81 Jahren und etlichen Behinderungen, der mit einem Rollator als „Tattergreis“ durch die Gegend stolpert, eine Art Narrenfreiheit habe. Ich wollte nie verstehen, was es bei einem „echte Frankfurter Mädel“ auslöst, wenn ich sie frage, ob sie aus Marokko stammt, auch wenn es mir nur darum geht, ihr vorzuschwärmen, dass ich dort gern noch hinreisen würde, weil ich in vielen arabischen Staaten gewesen bin. (Eine andere Frage ist, ob Marokko für Berber arabisch ist).

Ich schlage vor, Mirriane, dass Du überlegst, ob Du in der richtigen Partei bist oder Dich lieber den Urgrünen von Ökolinx anschließt. Ich habe in 40 Jahren Mitgliedschaft in der grünen Partei gelernt, dass man ganz schöne Kröten schlucken muss, solange die Wählerschaft noch nicht eingesehen hat, dass wir die absolute Mehrheit verdient haben, um unseren Planeten noch zu retten.

Gerd Wild, Frankfurt

Das Gerede von Schwarz und Weiß ist unterkomplex

Selbstverständlich sollte es keinerlei hautfarbenbasierte Diskriminierungen geben – weder in Werken noch in Worten. Was mich jedoch ziemlich irritiert, ist

der undifferenzierende Sprachgebrauch der Wohlmeinenden – und sogar auch mancher Betroffenen: Schwarz-Weiß-(Wort-)Malerei.

Ich kenne keine wirklich Weißen – außer geschminkten Clowns. Und richtig schwarz sind auch fast nur die Struwelpeter-Buben. Hautfarbe zeigt sich in einem Kontinuum feiner koloristischer Nuancen. Hier irgendwo eine Zweiteilung vorzunehmen, ist willkürlich und unangemessen.

Sprachlich ist die Schwarz-Weiß-Rede – na sagen wir: extrem unterkomplex. Gerade wo es um Differenzierung und Anerkennung von Vielfalt geht, sollte sich solch grobe Dichotomisierung verbieten. „Hellhäutig“ und „dunkelhäutig“ lösen als Begriffe das Abgrenzungsproblem – so es denn eines ist – auch nicht, bleiben aber deutlich näher – und einigermaßen wertfrei – an den Erscheinungen.

Winno Sahn, Rodgau

Weshalb regelt Frau Mahn das nicht mit der Klinik?

Was soll die inzwischen täglich wiederholte Berichterstattung über die Ächtung verschiedener Worte? Die Leser werden doch wohl die fast wortgleichen Meldungen der Vortage nicht alle vergessen haben.

Wir haben's mittlerweile begriffen: Eine Dame ärgert sich darüber, dass sie, wenn ich mich recht erinnere, in einem Krankenhaus mit Worten angesprochen wurde, die sie für falsch, unangemessen oder gar rassistisch hält. Und das muss uns Lesern nun täglich erneut erklärt werden? Weshalb regelt Frau Mahn das nicht mit der Klinik? Was haben die Stadtverordnetenversammlung und die Frankfurter Öffentlichkeit damit zu schaffen? Und im Zweifelsfall, wenn's um Rassismus geht, ist

das doch eigentlich eine Sache der Justiz.

Absurd wird das Ganze aber erst dadurch, dass man die unerwünschten Begriffe nicht benennen kann, darf oder will. Der Leser soll also raten, was mit N gemeint ist. Nazi vielleicht? Neudeutscher, Niederländer? Nichtraucher, Neger? Völlig ratlos bin ich dann beim M-Wort, zu dem mir nichts Anstößiges einfällt: Mama, Muttisöhnchen, Mausebär, Matrone? Manche halten ja auch Mueslifresser für falsch. „Mensch“ ganz allgemein? Was soll so was?

Manfred Stibaner, Dreieich

Was soll ich nur meinem Enkel erzählen?

Die Stadtverordneten sollten über die Ächtung des sogenannten N-Worts und des M-Worts entscheiden. Darüber berichtete die FR und fügte hinzu, dass damit zwei rassistische Begriffe gemeint seien. Beim N-Wort wusste ich sofort, dass damit das Wort „Neger“ gemeint war, beim M-Wort musste ich eine ganze Weile überlegen, bin mir aber mittlerweile ziemlich sicher, dass damit das Wort „Mohr“ gemeint ist. Nun kenne ich noch das Z-Wort, aber bin ich rassistisch, wenn ich unbedacht Wörter verwende, die eigentlich geächtet werden sollten? Soll ich meinem Enkel erzählen, dass es in meiner Kindheit ein Buch gab, das „zehn kleine N-Wortlein“ hieß oder einen Schlager mit dem Titel „Z-Wortjunge“? Oder verschweige ich beides besser schamhaft? Ich würde niemals jemanden mit den in Frage stehenden Begriffen bezeichnen, aber glaubt man ernsthaft, mit ihrer vollständigen Streichung aus dem Wortschatz den Rassismus wirksam bekämpfen zu können?

Gisela Barth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/n-wort



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f-20220207

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert zieht mit Dominike Pauli, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Römer, eine Zwischenbilanz der neuen Regierungskoalition im Frankfurter Römer, Anmeldung/Platzreservierung über Formular, Teilnahme per Video: club-voltaire.de/video
Donnerstag, 10. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungs-tagung zur Interkulturellen Woche 2022. Informationen und Anmeldung unter: interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr

Oliver Teutsch liest im Rahmen der Veranstaltung „Der lange Tag der Bücher“ aus seinem Roman „Die Akte Klambautermann“. Es geht um die turbulente Entstehung des Bestsellers „Jeder stirbt für sich allein“ von Hans Fallada. Die Lesung moderiert der Verleger Axel Dielmann. Kostenlose Tickets gibt es bei adticket.de.
Sonntag, 20. Februar, 16 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bannwald ohne Schutz

Zur: „Waldrodung für den Autobahnausbau“, FR-Regional vom 11. Januar

Der deutsche Wald wird als Bannwald bezeichnet, sobald er nicht mehr bearbeitet oder anders herum nicht angetastet werden sollte. Die Schwerpunkte dieses Bannwaldes in Hessen liegen rund um den Frankfurter Flughafen, Nordhessen, Darmstadt und Wiesbaden. Die Zerstörung des Waldes in Kelsterbach durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens schützt nicht den Bannwald.

Es zeigt sich immer wieder, dass die Ausweisung als Bannwald kein ausreichender Schutz vor Zerstörung der Wälder und Grünflächen ist und sein wird. So wollen Hessens CDU und Grüne das Gesetz verschärfen. Ja, in welcher Richtung? Aber sind es nicht diese beide Parteien, welche seit Jahren alles zerstören? Die jeweiligen Regierungspräsidenten haben bis zum heutigen Tag zu allen Zerstörungen ihr Ja erteilt. Hier stellt sich die Frage, ob sie nur die Handlanger des jeweiligen Ministerpräsidenten des Landes Hessen sind?

Wenn alles nicht hilft und die Bürger nicht ruhiggestellt werden können, ja, da hilft nur eines: Diese von uns Bürger(innen) gewählten Vertreter(innen) des Volkes werden unsere Polizei mit allen Befugnissen ausstatten. Damit haben unsere Parteien, welche die Regierungsmehrheit stellen, schon sehr gute Erfahrung gemacht. Ganz gleich, ob wir den Frankfurter Flughafen oder Stuttgart 21, A49 ansehen. Schließlich wurden alle Projekte durch einen Planfeststellungsbeschluss vor x Jahren abgesichert. Und wenn nicht, dann werden diese so hingebogen, dass sie den jeweiligen Politikern (Parteien) gefallen. Josef Karl, Kelsterbach

Das gibt's nur in Frankfurt

Zur: „Frankfurt 2022 - Stadtplanung“, FR-Regional vom 4. Januar

Seit 1961 ist die Zahl der Einwohner Frankfurts um 75 000 gestiegen, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer aber um 173 600, d.h. 241 000 im Dienstleistungs-, aber ein Verlust von 151 360 im produzierenden Sektor. Die Zahl der Pendler stieg um 253 300.

Inzwischen erreicht die Zahl der Erwerbstätigen (653 000) fast die Zahl der Einwohner (750 000). Die Zunahme des Verkehrs resultiert damit eindeutig aus dem ungehemmten Hochhausbau, der nach dem Frankfurter Landrecht nur in Frankfurt möglich ist, gegen die Grundsätze des Baugesetzbuches, der Regionalplanung und der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen des Art 72 GG. Solange es kein Moratorium für den Hochhausrahmenplan gibt, sind alle Versuche einer sogenannten „Mobilitätswende“ in Frankfurt Makulatur.
Konrad Mohrmann, Frankfurt

Theater hat seinen Sitz mitten im Leben

Hausen: „Neuer Bebauungsplan soll Brotfabrik retten“, FR-Regional vom 31. Januar

Die Vertreibung von Mietern aus Wohnungen und Geschäftslokalen, die sich nach Abriss oder Totalreparatur als Geldanlagen vermarkten lassen, macht nicht vor der Kultur halt. In Frankfurt soll es das Kulturprojekt „Brotfabrik“ im Stadtteil Hausen treffen. Die Eigentümer verhandeln mit einem Investor. Die Verkaufsgespräche seien bereits fortgeschritten, teilten sie dem Hauptmieter, dem „Kulturprojekt 21“, mit. Diese Vorabinformation versteht sich als indirekte Aufforderung, das Auslaufen des Mietvertrags Ende 2025 nicht abzuwarten, sondern sich umgehend nach neuen Domizilen umzusehen.

Letzteres dürfte kaum gelingen. Besonders schwierig wird das für das „Frankfurter Autoren Theater (FAT)“, dessen Spielstätte sich in der „Brotfabrik“ befindet. Das FAT hat sich seit 2007 einen Namen gemacht, weil es auch weniger bekannten Autoren die Möglichkeit bietet, ei-

nem interessierten Publikum Texte und Stücke vorzustellen. Müsste es seinen Betrieb einstellen, verlöre nicht nur der Stadtteil Hausen an Attraktivität. Auch der Mainmetropole ginge ein weiteres Element seiner ohnehin beschränkten kulturellen Reputation verloren.

Die Politik ist gefordert. Sie müsste exemplarisch deutlich machen, dass sie die Besetzung der Stadt durch Kapitalverwerter nicht länger hinnimmt. Erste Reaktionen aus dem Römer signalisieren, dass man zumindest in Hausen Herr des Verfahrens bleiben will. Denn formalrechtlich gilt für die „Brotfabrik“ und die angrenzenden Liegenschaften eine gemischte Bebauung. Das Areal ist eindeutig kein reines Wohngebiet.

Erfahrungen aus dreißig Jahren zeigen, dass sich „Immobilienentwickler“ häufig halbseidener Finanzquellen bedienen. Etwa dem Geld von Diktatoren,

die ihr Vermögen außer Landes schaffen, oder den unterschlagenen Steuern global agierender Unternehmen sowie den riesigen illegalen Erträgen aus Drogen-, Menschen- und Waffenhandel. Deutschlands Großstädte sind bei Anlegern dieser Sorte sehr beliebt. Denn der Staat lässt sie zumeist in Ruhe. Doch das würde sich ändern, indem man Öffentlichkeit herstellt, indem man den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorspielt.

So kann ich mir vorstellen, dass Vertreter des Magistrats zusammen mit den Aktiven des FAT während der nächsten Monate dem geeigneten Publikum aus den Biografien potenzieller Kapitalanleger vorlesen und anschließend bei Brot und Wein über den richtigen Weg zu Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit diskutieren. Theater muss bekanntlich seinen Sitz mitten im realen Leben haben.
Klaus Philipp Mertens, Frankfurt